

## **Niederschrift**

über die 2. öffentliche Sitzung

**des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften**

am Mittwoch, dem **19.01.2022**, im **Ratssaal des Rathauses in Sande**

### **Tagesordnung:**

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 1 vom 25.11.2021**
- 4. Erlass einer Haushaltssatzung 2022  
Vorlage: 001/2022 und 001/2022/1**
- 5. Sachstand Digitalisierung**
- 6. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsherr Reemt Borchers  
Beigeordneter Nikolai Dumke  
Ratsherr Torge Heinisch  
Beigeordneter Matthias Lührs  
Ratsherr Thomas Ney  
Beigeordneter Achim Rutz

Vertreter/in

Ratsherr Frank Behrens

Vertretung für Frau Ratsfrau Isabel Bruns  
und zugleich als Ausschussvorsitzender

Zuhörer/in

stellv. Bürgermeisterin Kirstin Pöppelmeier  
Ratsfrau Madeleine Zaage

Verwaltung

Bürgermeister Stephan Eiklenborg  
Gemeindeoberrat Klaus Oltmann  
Gemeinderätin Nadine Stamer bis TOP 5 anwesend  
Gemeindeamtfrau Martina Nenig bis TOP 5 anwesend  
Gemeindeamtsrat Jens Santjer  
Verwaltungsfachwirtin Vanessa Waldau als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Ratsherr Behrens, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

2. **Einwohnerfragestunde**

---

3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 1 vom 25.11.2021**

**Beschluss:**

Die Fassung der Niederschrift wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. **Erlass einer Haushaltssatzung 2022**  
**Vorlage: 001/2022 und 001/2022/1**

Von der Verwaltung wurde anhand einer Präsentation (als Anlage beige-fügt) der erste Entwurf für den Haushaltsplan 2022 erläutert. Der Entwurf geht im Ergebnishaushalt von einem Fehlbetrag in Höhe von 483.650,00€ aus.

Trotz steigender Erträge ist ebenfalls ein erheblicher Mehraufwand ge-plant. Im Vergleich steigen die Erträge von 2021 auf 2022 um rund 1.217.990,00€, die Aufwendungen erhöhen sich hingegen um 1.699.540,00€.

Die Mehraufwendungen resultieren, neben den aufgrund von Tariferhö-hungen gestiegenen Personalkosten, aus überwiegend höheren Trans-feraufwendungen. Diese belaufen sich auf rund 1.118.500,00€.

Zudem steigt die Kreisumlage aufgrund des höheren Kreisumlagesatzes von 46 auf 51 Punkte um etwa 690.200,00€ auf 4.900.000€. Dies steht auch im Zusammenhang mit den steigenden Gewerbesteuern, welche mit 3.800.000,00€ veranschlagt werden.

Weiterhin wird bei der Sozialstation ein um 91.800,00€ höherer Verlust-ausgleich eingeplant, der sich nun auf 136.800€ beläuft. Im Vorjahr waren 45.000,00€ eingeplant.

Auch steigen die Zuschüsse, welche die Gemeinde im Allgemeinen leisten muss. Für die Kindergarten Sandburg wird erstmals ein Zuschuss in Höhe von 250.000,00€ gezahlt werden müssen. Die Anteilige Kostenerstattung erfolgt hier erst 2024.

Der Zuschuss für den Kindergarten Sande erhöht sich von 584.000,00€ auf 682.000,00€

Auch steigen die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, da um-fangreiche Unterhaltungsmaßnahmen für Gebäude, Infrastruktur und tech-nische Anlagen notwendig werden. Genauere Darstellungen sind hier in der Präsentation zu finden.

Insgesamt steigen vor allem die Steuererträge. Das liegt unter anderem an

der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung. Die Kanalbenutzungsgebühr hingegen konnte nicht angepasst werden, da in den Vorjahren zu viel berechnet wurde. Erst 2023 kann hier eine neue Berechnung und somit auch neuer Zuwachs erwartet werden.

Die Entwicklung weiterer verschiedener Erträge und Aufwendungen wurde anhand von Diagrammen erläutert.

Zudem stellte die Verwaltung die neue Einteilung der Budgets vor, da die Handlungsfähigkeit der einzelnen Bereiche sonst sehr eingeschränkt wäre. Hierbei wurde die Zahl der Budgets von 103 auf 53 gesenkt, wobei von diesen 5 Querbudgets sind. Hierzu wurden entsprechende Beispiele erläutert und in der Präsentation aufgezeigt.

Im Anschluss wurde das Investitionsprogramm für das Jahr 2022 vorgestellt.

Die Auszahlungen in Höhe von 6.397.900,00€ stehen den Einzahlungen in Höhe von 2.622.200,00€ gegenüber. Daraus ergibt sich eine geplante Kreditaufnahme für Investitionstätigkeit in Höhe von 3.364.900,00€. In der beigefügten Präsentation sind die Einzelmaßnahmen aufgeführt.

Dabei werden die Ein- und Auszahlungen einen negativen Saldo von 410.800,00€ aufweisen. Es wurde ein Ausblick auf die Verschuldung bis zum Jahr 2025 gegeben.

Im Wesentlichen soll auf eine Entschuldung hingearbeitet werden. Dabei sollen keine neuen Liquiditätskredite aufgenommen werden. Voraussetzungen für eine Entschuldung sind hierbei Überschüsse aus der laufenden Verwaltungstätigkeit, sowie die Vermeidung einer Neuverschuldung. Weitere Erläuterungen hierzu sind in Diagrammen der Präsentation dargestellt.

Am Ende der Präsentation wurde erläutert, dass bei Nichterreichen des Haushaltsausgleiches gemäß § 110 Abs. 8 S. 1 NKomVG ein Haushaltssicherungskonzept erforderlich ist. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass die Aufstellung des Haushaltssicherungskonzeptes zu erheblichen Mehraufwand mit Verzögerungen führen würde. Daher sollte der Haushaltsausgleich unbedingt gelingen.

Auf die Frage der SPD-Fraktion, wie viel Gewerbesteuer der Gemeinde den wirklich übrig bliebe, wenn diese durch die Kreisumlage und Gewerbesteuerumlage prozentual abgeführt wird, erläuterte die Verwaltung, dass rund 38,4% der gesamten Steuereinnahmen an den Landkreis Friesland abgeführt werden.

Zudem merkte die SPD-Fraktion an, dass die Bemühungen um die Umstellung der Leuchtmittel auf LED sich nicht lohnen würde, da sich dies nicht in den Kosten für die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen widerspiegeln würde.

Daraufhin antwortete die Verwaltung, dass im gleichen Zeitraum die Preise für Gas und Strom im letzten Jahr im Allgemeinen gestiegen sein und, das sich auch auf die Leuchtmittel auswirken würde. Auch müsste eine genau-

ere Analyse vorgenommen werden, um den Einspareffekt zu benennen.

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion, ob die Zahlen der vor allem Steuererträge somit einigermaßen stabil blieben, entgegnete die Verwaltung, dass die Schätzung sehr spät im Jahr vorgenommen wurde und die Zahlen bereits relativ genau geplant wurden.

Ein Beschluss wurde nicht gefasst, da es sich hier lediglich um die Berichtsvorlage handelt. Eine weitere Beratung wird zunächst in den Fraktionen erfolgen.

## **5. Sachstand Digitalisierung**

Von der Verwaltung wurde der Sachstand der Digitalisierung präsentiert. Grundlage der Voranbringung der Digitalisierung ist das im August 2017 verabschiedete Onlinezugangsgesetz. Hieraus ergeben sich einige neue Aufgaben, die bis zum 31.12.2022 erledigt werden müssen.

Dazu zählen das Online-Angebot für Verwaltungsleistungen über verknüpfte Portale mittels Nutzerkonten unter Beachtung des Niedersächsischen Gesetzes über digitale Verwaltung und Informationssicherheit (NDIG) bereitzustellen.

Deshalb wurde ein Interkommunaler Arbeitskreis Digitalisierung, den sogenannten Geleitzug Landkreis Friesland und anhängige Gemeinden, gegründet. In diesem Geleitzug soll eine einheitliche Darstellung der Mitglieder nach außen geschaffen werden.

Zunächst wurden hier im Rahmen des Digitalisierungsschecks TOP 10 Dienstleistungen ermittelt, welche genauer in der Präsentation aufgeführt werden.

Es wurde ein Vertrag mit der IT Niedersachsen für ein Servicekonto geschlossen.

2022 sollen weitere Prozesse im Rathaus optimiert werden. Es soll eine Software für das Prozessmanagement angeschafft werden und ein Dokumentenmanagementsystem eingeführt werden. In den Folgejahren sollen weitere Produkte eingeführt werden.

Die Beschaffung der Software verursacht dabei in 2022 einmalige Kosten in Höhe von rund 26.000,00€ im Ergebnishaushalt und weiter 20.000,00€ für das laufende Jahr. 2.000,00€ sind für investive Kosten angesetzt, sodass diese den Ergebnishaushalt nicht weiter belasten.

Nähere Ausführungen zu den einzelnen Themen können der Präsentation entnommen werden.

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion, wie die Identifikation der Bürger über ein Onlinesystem funktionieren würde und, ob es Hilfestellungen für die Bürger geben wird, erklärte die Verwaltung, dass die Identifikation über den neuen Personalausweis mit einem Lesegerät möglich wäre und Hilfestellungen auf die Homepage gestellt werden würden.

Zudem wurde von der SPD-Fraktion gefragt, wie viele Dienstleistungen

neben den TOP 10 existieren würden. Die Verwaltung antwortete daraufhin, dass es rund 575 Dienstleistungen wären, aber man nicht alle in so einem Ausmaß digitalisieren könnte.

Auch fragte die SPD-Fraktion, ob jede Kommune die notwendigen Programme eigenständig anschaffen müsste. Die Verwaltung erläuterte, dass jede Kommune eigene Bedürfnisse hätte und somit auch selbstverantwortlich für die Programme. Die Kosten würden sich auf die Rechte der einzelnen Programme und Module beschränken, da keine Investition getätigt werden würde. Die Hardware für die Software ist grundsätzlich vorhanden, Scanner und Monitore müssten gegebenenfalls angeschafft werden.

Die Gruppe Grüne/FDP/Linke fragte, wie das Bezahlen zukünftig ablaufen würde, wenn die digitale Antragsstellung eingeführt wird, aber noch kein Bezahlungssystem implementiert ist. Hierzu erklärte die Verwaltung, dass die Bezahlung je nach Bereich durch einen Kostenbescheid oder durch eine Überweisung realisiert werden würde. Weiter müsste alles wie bisher laufen.

Die SPD-Fraktion merkte an, dass die Gemeinde neben der KDO durch die IT Niedersachsen einen weiteren EDV-Dienstleister hätte. Die Verwaltung stellte klar, die IT Niedersachsen würde nur die Software für das Land verwalten. Die KDO würde weiterhin als Dienstleister der Gemeinde fungieren.

Auf Nachfrage eines Ratsmitgliedes, dass der persönliche Kontakt durch die Digitalisierung gänzlich verloren gehen würde, entgegnete die Verwaltung, dass das Online-Angebot nicht verpflichtend in Anspruch genommen werden müsste, sondern das Präsenzangebot ergänzt.

## 6. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

---

Ende des öffentlichen Teils um 18:48 Uhr.

Schluss der Sitzung: 18:49 Uhr

stellv.

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Schriftführerin

